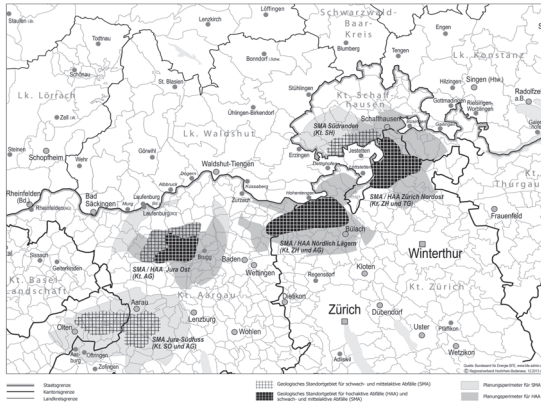


Governance zwischen Wissenschaft und öffentlichem Protest

Endlager-Governance in der Schweiz von 2001 bis 2010. Partizipation unter schwierigen Bedingungen



Ausgangspunkt

In der Schweiz besteht ein lang anhaltender politischer und sozialer Konflikt mit starker Forderung nach Partizipation.

Ein „Neustart“ in der Endlagerpolitik wird seit 2003 mit der Verabschiedung des neuen Kernenergiegesetzes und der Einführung eines schrittweisen Standortauswahlverfahrens versucht.

Welche Forschungsfragen wurden bearbeitet?

- Verändert die Bürgerbeteiligung im Standortauswahlverfahren die Endlagerpolitik oder bleibt alles beim Alten?
- Welche Faktoren fördern oder hemmen den Wandel hin zu einer offeneren Endlagerpolitik?

Methoden: Medienanalyse (Tageszeitungen), Experteninterviews



Zentrale Beobachtungen I

Das Ergebnis des Entscheidungsprozesses, d.h. ein sicheres Endlager, liegt in ferner Zukunft. Zentral für eine partizipative Entscheidungsfindung ist deshalb, dass die Stakeholder das Verfahren anerkennen und für angemessen halten.

Die Zuständigkeiten und Rollen der verschiedenen Beteiligten müssen klar, aber auch veränderbar sein.

Hilfreich ist ein plural zusammengesetztes Gremium als Ansprechpartner für fachliche Fragen und Anregungen von Seiten der interessierten Öffentlichkeit.

Zentrale Beobachtungen II

Die Endlagerpolitik wird durch Partizipation beeinflusst, aber nur in Teilaspekten, wie z.B. bei verlängerten Zeiträumen zur Bearbeitung einzelner Entscheidungsschritte.

Eine von allen Beteiligten gemeinsam getragene Standortauswahl erfordert ein kontinuierliches Aushandeln von Arbeitskompromissen.

Bei „mehr Transparenz“ muss bspw. berücksichtigt und eingeplant werden, dass das Bereitstellen und Verarbeiten von Informationen viel Zeit braucht.

Projektteam: Peter Hocke, Armin Grunwald, Sophie Kuppler, Melanie Mbah, Nele Wulf, Elske Bechthold